

Auf einen Blick

F&I-Politik in der 20. Legislaturperiode

Ausgangslage

Am 24. November 2021 haben sich SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP auf einen Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode geeinigt. Unter der Überschrift „Moderner Staat, digitaler Aufbruch und Innovation“ verschreiben sich die Regierungsparteien u.a. dem Ziel, das Potenzial der Digitalisierung in Staat und Gesellschaft besser zu nutzen, digitale Schlüsseltechnologien zu fördern sowie die technologische und nachhaltige Innovationskraft zu stärken. Institutionell zeichnen sich für die Umsetzung der vereinbarten forschungs- und innovationspolitischen Maßnahmen insbesondere das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) sowie das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) verantwortlich.

Bitkom-Bewertung

Geht in die richtige Richtung: Die im Koalitionsvertrag vereinbarten forschungs- und innovationspolitischen Vorhaben unterstreichen, dass die Bundesregierung die Relevanz von digitalen Technologien und digitaler Infrastruktur für Wohlstand, Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Souveränität erkannt hat. Gleichzeitig bleibt der Koalitionsvertrag mit Blick auf die Umsetzung der Maßnahmen und deren Zuständigkeiten vage. **Unser Ziel ist es,** einen Impuls für die Konkretisierung und Umsetzung der F&I Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag zu geben.

Das Wichtigste

Aus Sicht des Bitkom sind dabei die folgenden 5 Punkte vordringlich:

- **3,5%-Ziel:** Stärkere Anreize für private Investitionen und gezielterer Einsatz öffentlicher Mittel
- **Digitale Souveränität:** Definition von Kriterien zur Identifikation und Auswahl digitaler Schlüsseltechnologien
- **F&I-Landschaft:** Sinnvolle Einbettung neuer Agenturen in das institutionelle Gefüge
- **Verfahrensvereinfachung:** Einfachere, schnellere und vollständig digitalisierte Antragsverfahren
- **Innovationsprogramme:** Stärkere Berücksichtigung und Förderung von Standardisierungsaktivitäten

Bitkom-Zahl

91 Prozent

der Unternehmen wünschen sich stärkere Anstrengungen des Staates bei der Förderung von Schlüsseltechnologien (lt. einer Studie von [Bitkom Research](https://www.bitkom.org/research)).

Positionspapier

Prioritäten für die F&I-Politik in der 20. Legislaturperiode

1. Februar 2022

Seite 2

Forschungs- und Innovationspolitik im Koalitionsvertrag

Im Koalitionsvertrag hat sich die neue Bundesregierung in bewegten Zeiten ambitionierte Ziele gesetzt: Der Staat soll modernisiert, wirtschaftliche Stärke neu begründet und die Klimakrise abgewendet werden. Hierbei kommt der Forschungspolitik eine Schlüsselrolle zu: Mehr Fortschritt wagen bedeutet Vorfahrt für Innovationen. Denn allein mit Innovationen können die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigt werden.

Die neue Bundesregierung hat dies erkannt und im Koalitionsvertrag eine Reihe forschungs- und innovationspolitischer Vorhaben vereinbart, die aus Sicht des Bitkom in die richtige Richtung gehen. Diese Vorhaben gilt es nun zu konkretisieren und zügig umzusetzen. Der Bitkom möchte sich mit diesem Papier frühzeitig in die Ausgestaltung der Maßnahmen einbringen. Folgende Punkte sind dabei zentral:

1 Das 3,5%-Ziel – mit der Wirtschaft und klaren Schwerpunkten

Der Bitkom begrüßt das quantitative Ziel, die Investitionen für Forschung und Entwicklung bis 2025 auf 3,5 Prozent des BIP zu erhöhen. Dabei sind zwei Dinge entscheidend: es gilt privates Kapital zu incentivieren und **öffentliche Mittel konzentriert zu verwenden**.

Erstens brauchen die Unternehmen – sie stehen für knapp zwei Drittel der deutschen FuE-Ausgaben – den Anreiz, ihre Investitionen in Deutschland zu erhöhen. Die **Stärkung der steuerlichen FuE-Förderung** – z.B. durch Verdoppelung der Förderquote – spielt daher als Ergänzung zur direkten Projektförderung eine Schlüsselrolle.

Darüber hinaus darf es beim 3,5-Prozent-Ziel nicht allein um die Zahl als solche gehen: die FuE-Mittel müssen insbesondere bei der direkten Projektförderung auf diejenigen Technologiefelder konzentriert werden, die für Deutschland von strategischer Bedeutung sind – z.B. weil sie essentiell für die heutige Wertschöpfung sind, hohes Potential für zukünftige Wertschöpfung haben oder wichtig für die IT- und Kommunikationssicherheit sind.

Bitkom e.V.

Lukas Gabriel Wiese
Bereichsleiter Außenwirtschaft &
Internationale Beziehungen
T +49 30 27576-170
l.wiese@bitkom.org

Christoph Tovar
Referent Internationales &
Innovationspolitik
T +49 30 27576-145
c.tovar@bitkom.org

Albrechtstraße 10
10117 Berlin

Präsident
Achim Berg

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

2 Digitale Souveränität – durch Schlüsseltechnologien

Der Bitkom begrüßt das Bekenntnis zum Ziel der technologischen Souveränität und zur Förderung digitaler Schlüsseltechnologien. Diese müssen aus Sicht des Bitkom noch stärker in den Fokus der Forschungspolitik gerückt werden.

Angesichts des globalen Wettbewerbs einerseits sowie der hohen Innovationsdynamik andererseits kann Deutschland nicht bei allen digitalen Technologien vorn mitspielen, sondern muss sich auf einige wenige, dafür aber besonders wichtige konzentrieren. Daher gilt es **Kriterien zur Identifikation digitaler Schlüsseltechnologien zu entwickeln**. Mit einem Kriterienkatalog können die zur Auswahl stehenden Technologien evaluiert werden.

Zudem ist ein **nationales Monitoring** einzurichten, um den Fortschritt bei der Entwicklung der Schlüsseltechnologien – insbesondere in internationaler Perspektive – laufend bewerten und so bei Bedarf frühzeitig nach- bzw. gegensteuern zu können.

Darüber hinaus sind die **Forschungsstatistiken zu überarbeiten**, sodass die Investitionen der öffentlichen Hand in die Entwicklung der digitalen Schlüsseltechnologien auch quantitativ erfasst und bewertet werden können.

3 F&I-Landschaft – mit System und Synergien

Die Gründung der **Deutsche Agentur für Transfer und Innovation** (DATI) kann aus Sicht der Bitkom einen wichtigen Beitrag leisten, um durch anwendungsorientierte Forschung und Transfer regionale sowie überregionale Innovationsökosysteme zu schaffen. Wichtig ist es dabei, die DATI sinnvoll in die deutsche Forschungs- und Innovationslandschaft einzubetten. Insbesondere gilt es das Zusammenspiel mit der erst jüngst gegründeten Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) sowie der Digital Hub Initiative und ihren zwölf lokalen Kompetenzstandorten zu klären, um ineffiziente Doppelstrukturen sowie Lücken in der Förderung zu vermeiden. Die DATI muss mit ihrem regionalen Fokus die Arbeit der SPRIND und der Digital Hub Initiative komplementär ergänzen, die Umsetzung der Ideen in den Markt unterstützen und beschleunigen.

Seitens der Wirtschaft und Wissenschaft ist mit der Gründung dieser beiden und weiterer Agenturen auch stets die Hoffnung nach mehr Agilität und Verfahrenserleichterung verbunden. Dabei darf die Gründung neuer Agenturen nicht als Ersatzhandlung für Verwaltungsreformen dienen: vielmehr gilt es, die Verfahren aller beteiligten Ministerien und Projektträger zu entschlacken und die Prozesse weiter zu digitalisieren. Dabei ist

Positionspapier

Prioritäten für die F&I-Politik in der 20. Legislaturperiode

Seite 4|5

abzuwägen, welche Leistungen nur durch die Agenturen erbracht werden können und für welche Leistungen die Ministerien bzw. ihre Projektträger in der Pflicht bleiben und ihre Prozesse entsprechen modernisieren müssen.

4 Verfahrensvereinfachung – permanent und flächendeckend

In diesem Kontext begrüßt der Bitkom die Ankündigung, die Verfahren der Forschungsförderung zu vereinfachen. Hiervon würde vor allem der Mittelstand profitieren. Vielfach verzichten mittelständische Unternehmen angesichts komplizierter und langwieriger Bewilligungsverfahren von vornherein darauf, sich an öffentlich geförderten Forschungsprojekten zu beteiligen. Dadurch bleiben wertvolle Innovationspotentiale brach liegen – nicht nur für die Unternehmen selbst, sondern auch für den Standort Deutschland insgesamt.

Die angekündigten Vereinfachungen sollte daher nicht nur in Krisensituationen und für prioritäre Handlungsfelder, sondern permanent und für alle Handlungsfelder gelten. Hierfür sind die heutigen **Bewilligungsverfahren auf das beihilfe- und haushaltrechtliche Notwendige zu reduzieren** und die **Prozesse vollständig zu digitalisieren** – z.B. durch Wegfall der Papier- und Unterschriftenerfordernis. Dadurch könnten die Verfahren zugleich deutlich beschleunigt werden.

5 Innovationsprogramme – Vertrauen und Skalierung durch Standards

Der Bitkom begrüßt das Ziel, die bestehenden Förderprogramme für Innovationen – wie z.B. das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)“ – weiterzuentwickeln. Dabei regt der Bitkom an, Standardisierungsaktivitäten noch stärker in den Blick der Technologieprogramme zu nehmen. Dabei gilt es, die **Standardisierung als industriepolitisches Werkzeug** in den Strategien zur Förderung von digitalen Schlüsseltechnologien mitzudenken: Standards schaffen eine gemeinsame Sprache, auf der digitale Produkte, Dienstleistungen und Anwendungen aufbauen und miteinander interagieren. Sie bilden die Grundlage für einen fairen Wettbewerb in globalen Märkten und schaffen zudem Vertrauen in und Akzeptanz von neuen Technologien. Die Forschungspolitik sollte daher auch die Mitarbeit – insbesondere von Mittelstand und Wissenschaft – in der Standardisierung unterstützen und fördern. Normen und Standards als Arbeitsergebnisse öffentlich geförderter Forschungsprojekte sollten daher besondere Berücksichtigung finden.

Positionspapier Prioritäten für die F&I-Politik in der 20. Legislaturperiode

Seite 5|5

Für die auf Skalierung setzende Digitalwirtschaft müssen Normung und Standardisierung vor allem europäisch und global betrachtet werden. Daher gilt es, **Deutschlands Rolle in der internationalen Normung zu stärken**. Hierfür sollten Förderprogramme aufgelegt werden, die Unternehmen und Wissenschaft darin unterstützen – z.B. durch die Ko-Finanzierung von Reise- und Personalkosten – sich in den internationalen Normungsgremien zu engagieren und Leitungspositionen einzunehmen.

Bitkom vertritt mehr als 2.700 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon gut 2.000 Direktmitglieder. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.